Wo die Hoffnung auf ein liberales China stirbt

Hongkong wird zunehmend abhängiger vom Festland

Die Welt, Johnny Erling, 30.06.2017

Ein Land, zwei Systeme" – diese geniale Politikformel hatte die Wiedervereinigung Hongkongs mit China möglich gemacht, nach jahrelangen Verhandlungen mit Großbritannien. Doch nun, 20 Jahre nach der Rückgabe der britischen Kronkolonie am 1. Juli 1997 an China, will Pekings Führung ihre neue Stärke zeigen. Sie hat es geschafft, Hongkong als Sonderverwaltungszone in ihr Staatsgebiet einzugliedern. Peking hatte den Hongkongern ein befruchtendes Nebeneinander seiner kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise mit dem Sozialismus in der Volksrepublik versprochen sowie Freiheiten und Rechte garantiert, die es in der Volksrepublik nicht gibt – für 50 Jahre bis 2047. Dieses Versprechen gilt wohl nicht mehr.

Der große Reformer Deng Xiaoping hatte sich damals die Formel für die Wiedervereinigung ausgedacht. Doch nach nur zwei Jahrzehnten melden sich in China Stimmen, für die Dengs pragmatische Formel ihren Zweck erfüllt hat. Hongkongs Grundgesetz und seine freiheitliche Lebensweise drohen der Bevormundung und ideologischen Einengung Pekings zum Opfer zu fallen. Hongkongs Öffentlichkeit ist gespalten: Auf der einen Seite befindet sich die Mehrheit, die sich den Realitäten ihrer Abhängigkeit von China bewusst ist und sich beugen will. Ihr gegenüber steht eine aufmüpfige Jugend, die ihr besonderes Hongkong nicht zu einer weiteren charakterlosen chinesischen Millionenmetropole verkommen sehen will.

Peking indes nimmt sich immer mehr Rechte heraus. Fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit verneinte Volkskongress-Präsident Zhang Dejiang Ende Mai zum ersten Mal, dass "Gewaltenteilung" eine Rolle in Hongkongs Politik spielt. Nur der Verwaltungschef hätte zu entscheiden. Alle Macht, die er nach dem Hongkonger Grundgesetz ausüben darf, sei ihm von Peking delegiert. Das sozialistische Parlament hatte drei Jahre zuvor auch Pekings Versprechen ausgehöhlt, dass der Hongkonger Verwaltungschef aus freien und allgemeinen Wahlen hervorgehen solle: Nur zwei bis drei patriotisch eingestellte Kandidaten, mit denen Peking einverstanden sei, dürften kandidieren. Empört trug eine studentisch geführte Massenbewegung 2014 ihre Proteste auf die Straße. Peking wertete von da an alle Rufe nach politischen Reformen und wirklicher Selbstbestimmung als Alarmzeichen für angebliche Unabhängigkeitsbestrebungen und westliche Verschwörungen.

In diese Gemengelage fällt der Besuch von Chinas Staatschef Xi Jinping, der zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt Hongkong besucht. Schon am Mittwoch mussten die Behörden eine Kundgebung von Studenten- und Schülerführern auflösen. Chinas Behörden sind derzeit extrem nervös. Das bekommt Hongkong zu spüren.

Xi wird am Samstag die neugewählte Verwaltungschefin Carrie Lam vereidigen. Ebenso wichtig ist, dass er als militärischer Oberbefehlshaber die in Hongkong stationierten Truppen der Volksbefreiungsarmee inspiziert. Hongkong ist Teil Chinas und damit auch sein militärischer Vorposten. Im Rahmen der Rückkehrfeiern ist am 7. Juli auch die erste Hafeneinfahrt des chinesischen Flugzeugträgers Liaoning geplant. Peking appelliert mit diesem Muskelspiel an den Patriotismus der Hongkonger. Das hat auch innenpolitische Bedeutung. In fünf Monaten wird sich Xi vom großen Wahlparteitag in Peking für eine zweite Amtszeit bestätigen lassen, in der er seinen Plan zur Wiedererneuerung Chinas als Weltmacht vorantreiben will. Ein sich Peking unterordnendes Hongkong ist ein wichtiger Baustein dafür.

Chinas Regierung setzt in ihrer Formel "Ein Land, zwei Systeme" die Betonung auf "ein Land", statt neue Garantien für den Fortbestand der beiden Systeme bis 2047 zu geben.

Beobachter wie der deutsche Wirtschaftsberater **Jürgen Kracht** erinnern daran, wie viele westliche Beobachter sich 1997 irrten: Damals war die Theorie vom "trojanischen Pferd", das sich Peking mit der Übernahme Hongkongs eingehandelt hätte, weit verbreitet. Heute ist klar: Für die immer reichere Volksrepublik wurde Hongkong "weniger wichtig" und immer abhängiger von Festlandchina.